



Presseschau vom 05.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Jürgen Cain Külbel: NATO-Dream-Team: Die Beweismittel-Designer und Plagiatoren von Bellingcat

Mit der Veröffentlichung eines Briefes des OPCW-Generaldirektors Arias an einen ehemaligen OPCW-Mitarbeiter wollte die "Investigativplattform" Bellingcat Kritiker mundtot machen, die Zweifel an der Verantwortung der syrischen Regierung am Giftgaseinsatz in Duma im April 2018 hegten. Doch den Brief hat es nie gegeben. Wie das Portal The Grayzone herausfand, handelte es sich um eine Fälschung. ...

<https://kurz.rt.com/2h00>

de.rt.com: Auf der Suche nach billigen Arbeitskräften: BMW will in Ungarn günstig produzieren

Im Osten Ungarns entsteht ein neues BMW-Werk. Der Fachkräftemangel aber könnte für den Autohersteller eine Herausforderung werden. Gut ausgebildete Arbeiter sind vor den niedrigen Löhnen aus der Region geflüchtet. ...

<https://kurz.rt.com/2h1t>

Neil Clark: Plädoyer gegen Pandemie-Notstands-Ermächtigungsvertrag nach Machart von Macron, Merkel und Johnson

Bei ihrem jüngsten Vorstoß für einen "Pandemie-Vertrag" im Stil der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg missbrauchen die Weltpolitiker die COVID-19-Pandemie für eine große

Machtübernahme. Darum gilt es, diesen Vorstoß abzuwehren. ...

<https://kurz.rt.com/2h0z>

snanews.de: **Athen pocht vor Weltkrieg-Jahrestag auf seine Reparationsansprüche**

80 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Griechenland im Zweiten Weltkrieg hat die Regierung in Athen ihre Forderung nach Verhandlungen über Reparationen für die verursachten Kriegsschäden bekräftigt, schreibt DPA. ...

<https://snanews.de/20210405/athen-weltkrieg-jahrestag-reparationsansprueche-1568490.html>

de.rt.com: **Pünktlich zu neuen Verhandlungen warnen "westliche Geheimdienste" vor iranischen Atom-U-Booten**

Iran hat bereits angekündigt, dass die Entwicklung nuklear angetriebener U-Boote auf der Agenda der Streitkräfte der Marine steht. Die Produktion von U-Booten mit Atomtrieb verstoße nicht gegen die Verpflichtungen Irans zum Atomabkommen von 2015, so Konteradmiral Amir Rastegari.

<https://kurz.rt.com/2h29>

abends/nachts:

de.rt.com: **IWF: Anteil des US-Dollar an globalen Reserven sinkt auf niedrigsten Stand seit 1995**

Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge ist der Anteil des US-Dollar an den weltweiten Währungsreserven im letzten Quartal 2020 auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren gesunken. Der Rückgang soll teilweise auf Bewertungsanpassungen zurückzuführen sein.

Der Anteil des "Greenback" an den globalen Devisenreserven sank von 60,5 Prozent im dritten Quartal auf 59 Prozent im vierten Quartal des vergangenen Jahres. Einen solchen Tiefststand an den globalen Währungsreserven verzeichnete die US-Währung zuletzt im Jahr 1995 mit einem Anteil von damals 58 Prozent.

Dennoch hält der US-Dollar laut dem IWF den größten Anteil an den Währungsreserven, die von Zentralbanken weltweit gehalten werden. Analysten zufolge stiegen die in US-Dollar gehaltenen Reserven bei den Zentralbanken im vierten Quartal auf ein Allzeithoch von sieben Billionen US-Dollar, verglichen mit rund 6,94 Billionen US-Dollar im dritten Quartal des Vorjahres. Das Gesamtvolumen der in Euro gehaltenen Reserven wuchs auf Quartalsbasis um sieben Prozent auf 2,52 Billionen US-Dollar.

Anteilmäßig stiegen die Reserven in Euro im vierten Quartal 2020 auf 21,2 Prozent, gegenüber 20,5 Prozent zuvor im dritten Quartal, und somit auf den höchsten Stand seit dem Jahr 2014. Auf seinem Höhepunkt im Jahr 2009 lag der Euro bei 28 Prozent Anteil an den globalen Reserven.

Im selben Zeitraum stieg der Anteil des chinesischen Renminbi auf 2,25 Prozent und legte damit vier Quartale in Folge zu. Die globalen Renminbi-Reserven sind somit um neun Prozent auf 267 Milliarden US-Dollar gestiegen. Der IWF beobachtet den Anteil der chinesischen Währung seit dem Jahr 2017. Bipan Rai, ein Stratege bei der Canadian Imperial Bank of Commerce, sagte gegenüber Bloomberg:

"Das ist ein Thema, das sich nur langsam weiterentwickelt, aber wir sind der Ansicht, dass wir mit der Zeit auf ein System von 'mehreren Reservewährungen' zusteuern."

Laut Marc Chandler, dem leitenden Marktstrategen bei Bannockburn Global, ist der Rückgang des Anteils des US-Dollar an den globalen Reserven nur vorübergehend und wurde durch eine Abwertung gegenüber dem Großteil anderer Währungen im vierten Quartal verursacht. "Die 59 Prozent sind ein statistisches Rauschen, das durch eine Kombination aus

Bewertung und materiellen Veränderungen" in der Nachfrage nach dem Euro im vierten Quartal erzeugt wurde, stellte Chandler fest und fügte hinzu:

"Die Erholung des US-Dollars im ersten Quartal 2021 wird die Bewertungsanpassung umkehren und den US-Dollaranteil an den Reserven steigen lassen."

Währungsreserven sind Vermögenswerte der Zentralbanken, die in verschiedenen Anteilen gehalten werden und in erster Linie dazu dienen, Verbindlichkeiten zu decken. Zentralbanken verwenden die Reserven zudem sporadisch, um ihre eigenen Währungen zu stützen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6065c7a548fbef017761f043.JPG>

snanews.de: **Bruch im jordanischen Königshaus: Regierung bestätigt Berichte über Verschwörung**

Nach mehreren Festnahmen wegen des Verschwörungsverdachts in Jordanien hat der Außenminister Ayman Safadi auf einer Pressekonferenz am Sonntag die Berichte über den Komplott bestätigt.

Nach den Worten von Safadi ist eine „heimtückische Verschwörung“ vereitelt worden. Der Geheimdienst habe zur „Stunde Null“ bestimmte Gespräche abgehört, sagte Safadi. Daraufhin sei klar geworden, dass sie von „Absicht und Planung zur Aktion übergegangen“ seien. 14 bis 16 Personen seien verhaftet worden.

Wie Reuters in der Nacht zum Sonntag meldete, haben jordanische Sicherheitskräfte mehrere Menschen festgenommen, die verdächtigt werden, einen Verschwörungsversuch gegen die Führung des Königreichs unternommen zu haben. Unter den Verhafteten seien der ehemalige Finanzminister Bassem Awadallah sowie das Mitglied des Königshauses Scharif Hassan Ben Said, teilte Armeechef Jussef Huneiti am Samstagabend über die Staatsmedien mit.

Es gab zunächst Berichte, dass auch der ehemalige Kronprinz Hamsa bin Hussein ebenfalls festgenommen worden sei, Huneiti wies sie aber zurück. Hamsa selbst sagte in einem der BBC zugespielten Video, er stehe unter Hausarrest. Man habe ihm gesagt, er dürfe zu niemandem Kontakt aufnehmen. Er sei nicht Teil irgendeiner ausländischen Verschwörung, sagte der Halbbruder von König Abdullah in dem Video, in dem er das Herrschaftssystem als korrupt bezeichnete.

Die Staatsagentur Petra meldete am Samstag, Prinz Hamsa sei weder festgenommen noch unter Hausarrest gestellt worden.

Der Außenminister Safadi gab an, dass bei der Untersuchung eine Verbindung zwischen Awadallah und der sogenannten Opposition im Ausland festgestellt worden sei. Prinz Hamsa habe wiederum mit Awadallah kommuniziert. Die jordanischen Streitkräfte hätten zusammen mit Geheimdiensten die Aktionen des Ex-Kronprinzen und der Inhaftierten seit langer Zeit genau beobachtet, da ihre Aktivitäten darauf abzielten, die Sicherheit und Stabilität des Königreichs zu untergraben.

Die Situation sei inzwischen unter Kontrolle, diese Aktionen seien im Keim erstickt worden, hieß es weiter. Kein Vertreter der Armeeführung sei festgenommen worden.

2004 setzte König Abdullah II. Prinz Hamsa als Thronfolger ab - und ernannte später seinen eigenen Sohn zum neuen Kronprinzen. In einem Dekret hieß es damals, König Abdullah II. wolle seinen 24-jährigen Halbbruder von den „Zwängen“ seiner Position befreien, um ihm andere Möglichkeiten zu geben.

Saudi-Arabien, Ägypten und andere arabische Länder drückten ihre Unterstützung für König Abdullah II. aus. US-Außenamtssprecher Ned Price bezeichnete den Monarchen als „Schlüsselpartner“ der USA, der die „volle Unterstützung“ der Vereinigten Staaten habe.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/04/1562443_0:94:2882:1715_1280x0_80_0_0_23bfe033ddc6ccb91c7e1c48d0df4310.jpg

de.rt.com: **Wegen kalten Winters: Russische Gasexporte nach Europa steigen 2021 um 30 Prozent**

Russland hat seine Gasexporte nach Europa im Jahr 2021 um 30 Prozent gesteigert. Grund ist der ungewöhnlich kalte Winter, den Europa dieses Jahr erlebte. Der größte Käufer von russischem Gas ist Deutschland.

Der russische staatliche Energieriese Gazprom hat seine Lieferungen von Erdgas nach Europa im ersten Quartal des laufenden Jahres um 30,7 Prozent erhöht, wie aus vorläufigen Daten hervorgeht. Der beeindruckende Anstieg gegenüber dem Vorjahr auf fast 53 Milliarden Kubikmeter sei Berichten zufolge auf die besonders kalte Wintersaison zurückzuführen. Im März beliefen sich die Lieferungen auf 18,2 Milliarden Kubikmeter und erreichten damit ein Allzeithoch.

Deutschland, der größte Importeur von russischem Gas, hat seine Einkäufe in den ersten drei Monaten des Jahres 2021 fast verdreifacht. Berichten zufolge wurden die meisten Lieferungen über die Nord Stream-Gaspipeline geliefert, die unter der Ostsee von Russland direkt nach Deutschland führt und die Nachbarstaaten umgeht.

Die Exporte nach Serbien stiegen deutlich um 71,3 Prozent, während die Verkäufe nach Bulgarien und Griechenland nach Inbetriebnahme der Turkish Stream-Gaspipeline um 52,4 Prozent bzw. 23,4 Prozent stiegen. Rumänien, das wiederholt von seiner Energieautarkie gesprochen hatte, steigerte den Kauf von russischem Gas um enorme 90 Prozent. Die Lieferungen erfolgten über die Ukraine und Moldawien, eine weitaus kostenintensivere Methode als die mögliche Lieferung über die türkische Gaspipeline.

Die Exporte von Gazprom in die Türkei haben sich im ersten Quartal 2021 mehr als verdoppelt. Mit einem Anstieg von 106,6 Prozent war das russische Unternehmen trotz der von Ankara unternommenen Diversifizierungsbemühungen der größte Energieversorger des Landes. Bisher können Energieimporte aus Aserbaidschan das russische Gas nicht vom

türkischen Markt verdrängen. Im Jahr 2020 senkte Gazprom die Gasexporte auf 179,3 Milliarden Kubikmeter, da die COVID-19-Pandemie die Energienachfrage der internationalen Verbraucher stark negativ beeinflusste.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6069de76b480cc159b356c16.jpg>

snews.de: **China: Auslandsinvestitionen 2020 um 81 Prozent gestiegen – Medien**

Gut 520,6 Milliarden US-Dollar (über 400 Milliarden Euro) an ausländischen Direktinvestitionen sind im vergangenen Jahr nach China geflossen, so dass das Investitionsvolumen um 81 Prozent gegenüber 2019 gestiegen ist. Dies teilt die Agentur Xinhua am Sonntag unter Verweis auf die staatliche Devisenverwaltung (SAFE) mit.

Angesichts der stetigen wirtschaftlichen Erholung Chinas und des verbesserten Geschäftsklimas im Land seien die ausländischen Direktinvestitionen auf dem chinesischen Festland im Jahr 2020 um 14 Prozent gestiegen, hieß es.

Laut SAFE-Daten beliefen sich die Nettomittelzuflüsse aus dem Ausland auf den chinesischen Wertpapiermarkt im Jahr 2020 auf 254,7 Milliarden US-Dollar (über 200 Milliarden Euro) - ein Anstieg um 73 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Nettozuflüsse in chinesische Anleihen seien gegenüber dem Vorjahr um 86 Prozent auf 190,5 Milliarden US-Dollar (mehr als 160 Milliarden Euro) gestiegen, während die Zuflüsse in Aktien 64,1 Milliarden US-Dollar (über 50 Milliarden Euro) erreichten, was einem Anstieg um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprechen würde.

Die chinesische Devisenverwaltung führte den signifikanten Anstieg bei den Auslandsinvestitionen bezüglich der chinesischen Wertpapiere auf die vielversprechenden wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten des Landes, die umsichtige Geldpolitik und die starke Öffnung des Finanzmarktes zurück.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 4. April 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Frankreich: Fünf Frauen wegen mutmaßlicher Planung eines Terroranschlags über Ostern verhaftet**

In der französischen Stadt Beziers wurde eine fünfköpfige Familie festgenommen. Ein Familienmitglied steht in Verdacht, einen Terroranschlag geplant zu haben. Der Bürgermeister

der Stadt bezeichnete die Familie gegenüber Medien als Islamisten.

Französische Anti-Terror-Kräfte haben eine fünfköpfige Familie verhaftet. Eine der Frauen steht in Verdacht, einen Anschlag auf eine religiöse Stätte geplant zu haben. Berichten zufolge wurden ein Schwert und gefährliche Chemikalien in dem Haus gefunden.

Der französische Innenminister Gerald Darmanin bestätigte die Aktion in einem Tweet und dankte den Anti-Terror-Kräften für ihre Arbeit.

Mehrere französische Nachrichtenagenturen hatten zuvor berichtet, die Behörden hätten erfahren, eine nicht identifizierte Frau habe während der Osterfeiertage einen Terroranschlag auf eine religiöse Stätte in der südfranzösischen Stadt Montpellier geplant. Sie soll durch den Konsum von Videos des Terrornetzwerkes Islamischer Staat radikalisiert worden sein.

Die Frau wurde am Samstagabend in der Stadt Beziers 70 Kilometer von Montpellier entfernt festgenommen und zusammen mit ihrer Mutter und drei Schwestern, von denen eine minderjährig ist, in Gewahrsam genommen.

Bei einer Durchsuchung der Wohnung der Frauen fand die Polizei Berichten zufolge ein scharfes Schwert und Chemikalien, die für die Herstellung von Sprengstoff verwendet werden können. Das Magazin Le Point zitierte zu dem Thema eine Quelle, die darauf hinwies, dass die Chemikalien möglicherweise für den Hausgebrauch gekauft worden seien. Die Polizei untersucht nun, ob die Frau Verbindungen zu terroristischen Gruppen hatte.

Der Bürgermeister von Beziers Robert Menard sagte der Zeitung Le Figaro, bei der festgenommenen Familie handele es sich um Islamisten. Er fügte hinzu, dass das Stadtviertel La Deveze, in dem die Familie lebt, "ein schwieriges und von massiver Einwanderung betroffenes Viertel ist."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606a9e6648fbef6b5a70dd6d.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 4. April 3:00 Uhr bis 5. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Um 8:20 Uhr wurde eine Detonation im Gebiet von Schumy festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Vorerst keine Sperre: Russische Behörde verlangsamt Twitter-Nutzung bis Mitte Mai

Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor hat beschlossen, den Kurznachrichtendienst Twitter in Russland vorerst nicht vollständig zu blockieren. Die Inhalte

werden bis zum 15. Mai weiterhin mit geringerer Datengeschwindigkeit übertragen. Wie die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor auf ihrer Webseite erklärte, habe der Kurznachrichtendienst bereits etwa zwei Drittel aller in Russland verbotenen Inhalte entfernt. Daher bekomme Twitter nun zusätzlich Zeit, um die restlichen Daten zu löschen und seine Aktivitäten mit der russischen Gesetzgebung in Einklang zu bringen. Russland hatte dem US-Konzern vorgeworfen, trotz zahlreicher Aufforderungen seit dem Jahr 2017 mehr als 3.100 Inhalte, die etwa kinderpornografisches Material oder Suizidaufrufe an Minderjährige enthielten, nicht gelöscht zu haben. Deswegen werden seit mehreren Wochen einige Twitter-Inhalte in Russland mit geringerer Datengeschwindigkeit übertragen. Roskomnadsor drohte dem Kurznachrichtendienst sogar mit einer vollständigen Sperre. Kritiker sehen in dem Vorgehen einen Versuch, das Recht auf Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken einzuschränken. Erst vergangene Woche wurde der Kurznachrichtendienst in Russland zu einer Geldstrafe verurteilt. Da Twitter Aufrufe zu Protesten an Minderjährige nicht gelöscht haben soll, muss das Unternehmen umgerechnet fast 100.000 Euro zahlen, urteilte ein Moskauer Gericht am Freitag.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606ac4b548fbef6c376a9f13.jpg>

Dan-news.info: Am **4. April gegen 19:30 Uhr** wurde ein weiteres Mal die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** beschossen. In der Gretschko-Straße traf ein Geschoss (entweder Abwehrgeschütz und Schützenpanzer) auf das Haus Nr. 36, traf eine Wand, hinter der sich ein achtjähriges Kind befand“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko in seinem Telegram-Kanal mit.

Er teilte weiter mit, dass durch Feuer der BFU an dieser Adresse auch eine Stromleitung durchschlagen wurde. Nicht weit davon, im Haus Nr. 45, durchschlug ein Geschoss das Dach. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort gefahren, um die Umstände des Geschehens zu ermitteln.

rusvesna.su: **Die Ukraine ist bereit, einen umfassenden Angriff auf den Donbass zu starten – Puschilin**

Der Staatschef der DVR Denis Puschilin warnte, dass die Ukraine bereit sei, einen umfassenden Angriff auf den Donbass zu starten.

„Die Ukraine verfügt sowohl über entsprechende personelle als auch über technische Möglichkeiten. Die Ukraine hat alles dafür bereit.

Ob der entscheidende Befehl erteilt wird, der für die gesamte Ukraine katastrophal sein würde, werden wir sehen“, sagte Puschilin in einer Sendung des Fernsehsenders „Russia-24“. Das Oberhaupt der DVR stellte fest, dass die Republik für jede Entwicklung von Ereignissen bereit sei. Er bewertete die Chance, die Entwicklung eines militärischen Konflikts zu stoppen,

als "extrem klein".

„Sowohl die DVR als auch die LVR haben das Maximum getan und tun dies auch weiterhin, damit der Konflikt ausschließlich auf politische Weise gelöst wird. Leider geht Kiew in eine ganz andere Richtung ...

Wir zeichnen weiterhin das Zusammenziehen von Ausrüstung und Personal an der Kontaktlinie auf. Unsere Aufklärung hat Daten, sogar die OSZE-Mission bestätigt mehr als 600 Ausrüstungsgegenstände an Eisenbahnknotenpunkten auf ukrainischer Seite ...

Lügen und Manipulationen sind alles, was wir jetzt von ukrainischer Seite sehen“, fasste Denis Puschilin zusammen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_pushilin_4.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 5. April um 9:00 Uhr 3852 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 3179 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 332 Todesfälle.

snanews.de: „Sputnik V“ in EU aus Angst vor Konkurrenz nicht zugelassen – Impfstoffentwickler

Brüssel lässt den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ nicht auf den europäischen Markt, weil es aus Sicht des Chefs des Moskauer Gamaleja-Forschungszentrums, Alexander Gintsburg, Konkurrenz zu europäischen Herstellern befürchtet.

„Die EU hat es nicht eilig, ‚Sputnik V‘ als vollwertiges Handelsprodukt auf den Markt zu bringen, da sie die hohen Verbrauchereigenschaften befürchtet, dank denen es die Produkte, die die europäische Bürokratie zu Hause fördert, möglicherweise etwas verdrängt“, sagte Gintsburg, Chef des Gamaleja-Forschungszentrums für Epidemiologie und Mikrobiologie des russischen Gesundheitsministeriums.

Seit Anfang März wird der russische Impfstoff „Sputnik V“ bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur EMA einem schrittweisen Untersuchungsverfahren unterzogen. Medienberichten zufolge könnte das russische Medikament bereits im Mai die EMA-Zulassung erhalten.

Vorige Woche teilte der russische Außengeheimdienst SWR mit, dass die EU dringende Maßnahmen ergreift, um den russischen Coronavirus-Impfstoff zu diskreditieren. Er erinnerte auch an die jüngste Erklärung von EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton über „die Ablehnung des russischen Corona-Impfstoffes auch angesichts der ständig wachsenden Bedrohung für das Leben von Hunderttausenden EU-Bürgern“.

Außerdem sei Lutz Güllner, Leiter der Strategischen Kommunikation der Europäischen Union, der Ansicht, dass „die EMA die Zertifizierung des russischen Impfstoffs bis Juli-August verzögern sollte, damit westliche Unternehmen ihre Produktion erweitern und alle Nischen besetzen können“, so die SWR-Angaben.

Das Gamaleja-Forschungsinstitut für Epidemiologie und Mikrobiologie hat mit Unterstützung des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) den Corona-Impfstoff „Sputnik V“ entwickelt, der im August 2020 vom russischen Gesundheitsministerium registriert wurde.

Die Verwendung von „Sputnik V“ wurde bereits in 58 Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 1,5 Milliarden Menschen zugelassen. Nach der Zahl der Genehmigungen belegt der russische Impfstoff den zweiten Platz in der Welt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1d/1486820_0:285:3078:2016_1280x0_80_0_0_a5a757841113eeeaccfc3712ed3b85cf.jpg

Mzdnr.ru: Am 4. April wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Labor gewartet und desinfiziert wurde..

Am 5. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 29.624 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6127 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.223 als gesund entlassen, es gibt 2274 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 51 Fälle von Lungenentzündung entdeckt. Davon wurden 26 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1080 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 501 mit Sauerstoffunterstützung (+12 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 671 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

nachmittags:

snaneews.de: **Nord Stream 2: „Je näher das Bauende, desto mehr Druck aus USA“ – russischer Vize-Außenminister**

Die Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 rückt immer näher. Umso mehr versucht Washington nach Aussage des russischen Vize-Außenministers Alexander Pankin, das

russisch-europäische Wirtschaftsprojekt unter Druck zu setzen.

Die einseitigen Sanktionen, dazu noch mit extraterritorialem Zugriff, die die Vereinigten Staaten unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates gegen das Pipelineprojekt Nord Stream 2 verhängen, rufen längst nicht nur in Russland Irritationen hervor, sondern auch in den Regierungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftskreisen der EU. „Weder in Berlin noch in Wien noch in anderen Hauptstädten gibt es Verständnis dafür, dass die Energiepolitik der EU-Länder von Washington aus reguliert werden sollte“, sagte der russische Vize-Außenminister Alexander Pankin im SNA-Gespräch.

Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 gehe dem Abschluss entgegen. „Eben deshalb erhöhen die USA durch Sanktionsandrohungen gegen beteiligte Firmen den Druck auf das Projekt“, sagte der stellvertretende Außenminister. Umso mehr stelle man sich in der EU die Frage: „Warum sollte Europa auf eine günstige Gasleitung und entsprechende Gaslieferungen verzichten?“

Energiepolitik zu wettbewerbsfähigen Preisen

Die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 sei, so der Vize-Außenminister, eine rein wirtschaftliche Unternehmung im Interesse Russlands und Europas: „Die Pipeline wird stabile Gaslieferungen in die Länder der EU zu wettbewerbsfähigen Preisen und auf kürzestem Wege sichern. Dabei kann Erdgas künftig zur Einführung neuer Energietechnologien, auch zur Wasserstoffherstellung, dienen. Folglich wird Nord Stream 2 die Energiesicherheit Europas, strategisch gesehen, auf Jahrzehnte im Voraus sichern. Dies ist der eigentliche Grund, warum sich die am Projekt interessierten Länder unbeirrt für die Fertigstellung der Pipeline einsetzen und dem US-Diktat nicht beipflichten“, sagte Vize-Minister Pankin.

Die Fertigstellung der Pipeline sei durch US-Sanktionen nicht zu verhindern, betonte der Außenpolitiker: „Wir sind davon überzeugt, dass die restriktiven Maßnahmen, die die Vereinigten Staaten auch als Instrument des unlauteren Wettbewerbs ergreifen, den Bau von Nord Stream 2 nicht aufhalten werden.“

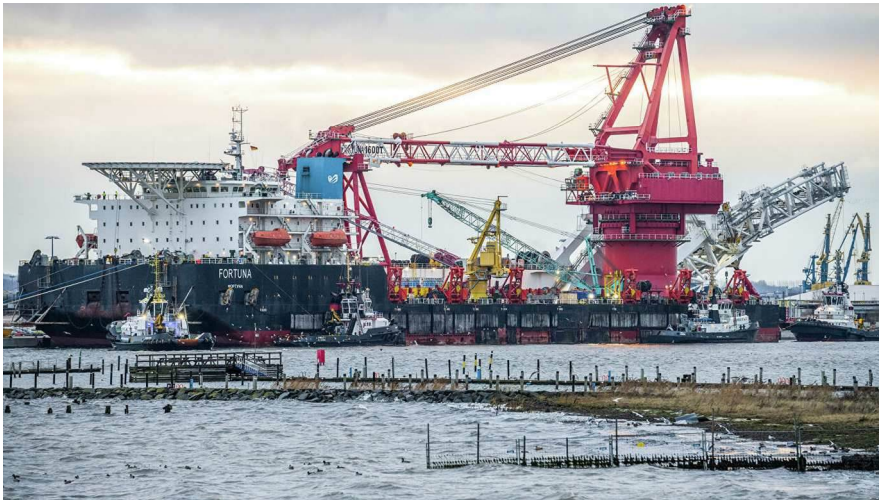
Eine Grundlage, die Ostsee-Pipeline zu verhindern, fehle ohnehin: Die Pipeline bei der Inbetriebnahme oder bereits im Betrieb noch zum Scheitern bringen zu wollen, sei „rechtswidrig“, so der stellvertretende Außenminister. „Wir gehen davon aus, dass die neue Gaspipeline gemäß geltenden Rechtsnormen betrieben werden kann. Eine Politisierung dieser Frage ist gefährlich und schadet einer regulären Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.“

Einige US-Abgeordnete haben dem amerikanischen Außenminister Anthony Blinken kürzlich in einem Schreiben vorgehalten, die US-Regierung lasse ihren Worten zum Pipelineprojekt Nord Stream 2 keine Taten folgen. In dem Schreiben listen die Parlamentarier eine Reihe von projektbeteiligten Firmen auf, die noch nicht mit US-Sanktionen belegt sind und deshalb schnellstens damit zu belegen seien.

Die neue US-Regierung hatte europäischen Unternehmen bereits mit harten Konsequenzen gedroht, sollten diese sich weiterhin am Bau von Nord Stream 2 beteiligen. Als Begründung für die Drohungen verwies Außenminister Blinken auf vermeintliche Sachzwänge: „Es ist eine Tatsache, dass wir in den USA Gesetze haben, die von uns verlangen, Firmen mit Sanktionen zu belegen, die den Bau dieser Pipeline materiell unterstützen. Also wollte ich einfach nur sichergehen, dass unsere Partner die Sachlage in dieser Frage verstehen.“

Daraufhin erklärten die Projektpartner, darunter die Energiekonzerne Uniper und OMV, dass Nord Stream 2 als wirtschaftliches Vorhaben für die Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas von größter Bedeutung sei.

Der Bau der Ostsee-Pipeline ist inzwischen wiederaufgenommen worden. Ein Teilstück von unter 150 Kilometern fehlt noch – 28 Kilometer davon sind in deutschen Gewässern zu verlegen. Die Gesamtlänge der beiden Pipelinestränge beträgt gut 2400 Kilometer, also 1200 Kilometer pro Strang.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/05/1567695_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_ae805773af0d73e5f7c7e619677d2652.jpg

dnr-sckk.ru: Zur Überprüfung der Informationen aus der Stadtverwaltung von Gorlowka fuhr eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess an den Ort.

Bei einer Untersuchung und Registrierung der Schäden an den Häusern wurde die Richtung der Schüsse der BFU festgestellt: aus Richtung Dsershinsk (Jushnaja-Bergwerk) in Richtung Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), sowie die eingesetzten Waffen: Schützenpanzerwaffen.

Schäden wurden an folgenden Häusern festgestellt:

Gretschko-Straße 36 (Wand im 2. Stock);

Gretschko-Straße 45 (Dach).

snaneews.de: **Im Gespräch mit China: Japan äußert Bedenken über Lage in Hongkong und Umgang mit Uiguren**

Der japanische Außenminister Toshimitsu Motegi hat am Montag gegenüber seinem chinesischen Amtskollegen „starke Besorgnis“ über chinesisches Eindringen in Hoheitsgewässer, über die Lage in Hongkong und die Menschenrechtssituation der uigurischen Minderheit in China bekundet, berichtet Reuters.

Die Besorgnis wurde in einem Telefongespräch mit dem chinesischen Außenminister Wang Yi geäußert. „Er forderte auch nachdrücklich konkrete Maßnahmen“, hieß es.

Die beiden Minister erörterten auch ein breites Spektrum regionaler Fragen und einigten sich auf die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit zur Regelung der Situation in Myanmar, wo nach einem Putsch ein brutales militärisches Vorgehen gegen Straßenproteste folgte.

Chinas weitreichende Gebietsansprüche im Ost- und Südchinesischen Meer sind zu einem vorrangigen Thema in einer zunehmend schwierigen Beziehung zwischen China und den USA geworden und stellen ein Sicherheitsrisiko für Japan dar.

China erhebt auch Anspruch auf eine Gruppe unbewohnter, von Japan kontrollierter Inseln - Senkaku in Japan und Diaoyu in China genannt. Das Problem belastet die bilateralen Beziehungen seit Jahren.

Die Senkaku-Inseln befinden sich auf dem Festlandsockel im Ostchinesischen Meer. Sie liegen etwa 170 km nordöstlich von Taiwan und 150 km nördlich der japanischen Yaeyama-Inseln (Ishigaki-jima).

In den Gewässern rund um die Senkaku-Inseln waren zuletzt wiederholt chinesische Schiffe aufgekreuzt. Angesichts vermuteter Gas- und Ölvorkommen haben die Felseninseln große

strategische Bedeutung.

Seit dem 15. Mai 1972 werden sie (wieder) von Japan als Teil der Gemeinde Ishigaki verwaltet. Taiwan und die Volksrepublik China beanspruchen unabhängig voneinander seit 1970/71 diese Inseln als Teil der Stadtgemeinde Toucheng im Landkreis Yilan, Taiwan. Ende Januar hatten die USA erneut bestätigt, dass der Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Japan auch für die umstrittenen Senkaku-Inseln gelte.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1a/1453841_0:177:3073:1905_1280x0_80_0_0_c5c47d9206bfb7dfb5839e8c15881d6.jpg

snaneews.de: **Iran nimmt „israelischen Spion“ fest – Bericht**

Iranische Behörden haben nach eigenen Angaben einen israelischen Spion im Nordwesten des Irans festgenommen, wie ein Onlineportal am heutigen Montag berichtet. Die Nationalität des Inhaftierten wird nicht genannt.

Ein „israelischer Spion“ sei in der Provinz Ost-Aserbaidschan im Nordwesten des Irans festgenommen worden, berichtet das Onlineportal des iranischen „Young Journalists Club“ laut Reuters. Demnach hat es allerdings mehrere Verhaftungen gegeben: „Auch weitere Spione, die in Kontakt mit den Nachrichtendiensten mehrerer Länder standen, sind verhaftet worden“, schreibt das Portal unter Berufung auf einen Beamten des iranischen Geheimdienstministeriums.

Teheran verweigert Israel die offizielle Anerkennung und beschuldigt die Israelis, Sabotageakte und Mordanschläge auf Wissenschaftler verübt zu haben, die am iranischen Atomprogramm mitwirkten. Ein Iraner ist wegen Spionage für amerikanische und israelische Nachrichtendienste letztes Jahr hingerichtet worden.

Dnronline.su: Am 3. April fand im Rahmen des Zweimonatszeitraums zur Säuberung und Begrünung von Flächen der erste gesamtrepublikanische Subbotnik statt. An diesem beteiligten sich mehr als 72.000 Einwohner der Republik.

Nach Angaben von Stadt- und Bezirksverwaltung wurden bei dem Subbotnik etwa 5.334.000 Quadratmeter Straßen, Bürgersteige und Gelände um Häuser von Müll gereinigt. In Parks und auf Plätze wurden auf 1.339.000 Quadratmetern Laub und Müll beseitigt.

In den Städten und Bezirken wurden etwa 4000 Bäume, 2000 Sträucher, mehr als 7.500 Blumen gepflanzt und mehr als 1000 Quadratmeter Rasen ausgesät.

34 Grabstätte und 31 Denkmäler wurden in Ordnung gebracht. Es wurden 76 Kinderspielplätze und Sportplätze sowie 32 Haltestellen repariert.

An den Wasserobjekten der Republik wurde ein Gebiet von etwa 23 km Länge gereinigt. Am letzten Subbotnik wurden 77 illegale Müllkippen beseitigt, wobei mehr als 1000 Kubikmeter Müll abtransportiert wurden.

Der nächste Subbotnik ist für den 17. April geplant.

snanews.de: **„Die alte Leier von den russischen Hackern“ – Russisches Außenamt zu „Cyber-Angriffen“ auf Bundestag**

Keine Anfrage an Russland, keine Beweise oder Belege für eine Beteiligung russischer Stellen, stattdessen nur Annahmen und Mutmaßungen: Das Außenministerium in Moskau kommentiert den Bericht des „Spiegel“ über angeblich russische Hackerattacken auf Bundestagsabgeordnete.

Mindestens sieben Bundestagsabgeordnete sollen nach einem „Spiegel“-Bericht zum Ziel eines angeblich von Russland veranlassten Hackerangriffs geworden sein. Hinter der Attacke könnten Hacker stehen, die der russische Geheimdienst beauftragt habe – davon gehen laut dem „Spiegel“ deutsche Sicherheitsbehörden aus. Nur: Weder benennt das Magazin die deutschen Behörden beim Namen noch liefert es Belege, wonach wirklich Russland der Drahtzieher hinter den mutmaßlichen Cyberangriffen sei.

Es sei abermals „die alte Leier von den russischen Hackern“ – so kommentiert Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, den „Spiegel“-Bericht. In dem Bericht seien „traditionsgemäß weder Beweise noch Quellenverweise“ genannt worden. Die Berichtsauteoren hätten einfach zum „Höchstwahrscheinlich“ als Stilmittel gegriffen und es potenziert: „Es wird auf die mutmaßliche Verantwortung einer gewissen Gruppe namens Ghostwriter verwiesen, die ihrerseits möglicherweise eine Verbindung zu Russland habe“, so Sacharowa.

Derweil sind in Russland laut der Außenamtssprecherin keine offiziellen Anfragen der Bundesrepublik hinsichtlich der Hackerattacken auf die Bundestagscomputer eingegangen. Sacharowa: „Wir weisen abermals darauf hin, dass der deutschen Seite die Kontaktdaten des russischen Nationalen Koordinationszentrums für Cyber-Ereignisse bekannt sind, welches als Organ für die Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit den Organen anderer Staaten, mit internationalen Nichtregierungsorganisationen und ausländischen Organisationen aus dem Tätigkeitsbereich der Reaktion auf Cyber-Ereignisse zuständig ist. Dennoch sind offenbar erneut keine Anfragen an das Koordinationszentrum gerichtet worden. Es ist ja wesentlich einfacher, Russland grundlos zu beschuldigen, statt mit Russland zu kooperieren.“

Westliche Länder hielten Russland mehrmals bereits vor, Cyber-Attacken durchgeführt oder in Auftrag gegeben zu haben. Moskau hat alle Anschuldigungen von sich gewiesen und betont, dass westliche Staaten keine Beweise für ihre Behauptungen vorgelegt hätten. Gleichzeitig hat die russische Führung wieder und wieder ihre Bereitschaft zum Dialog über die Cybersicherheit erklärt.

Auf eine Anfrage russischer Medien hinsichtlich der vermeintlichen Cyber-Angriffe hieß es vonseiten des Bundestags: Informationen, wonach Computer von Bundestagsabgeordneten gehackt worden seien, könnten derzeit nicht bestätigt werden. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik hat den einschlägigen „Spiegel“-Bericht nicht kommentieren wollen und die russischen Medien stattdessen an den Bundesverfassungsschutz verwiesen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/05/1573093_0:164:3034:1871_1280x0_80_0_0_d7d0d656ee1ff7c39942024e06c3c734.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 05.04.2021**

In den letzten 24 Stunden, vom 4. auf den 5. April, wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Besatzer aus der 72. mechanisierten Brigade unsere Verteidiger im Gebiet von **Schirokaja Balka** in Richtung Gorlowka beschossen und 12 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Es wurde außerdem festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen sechs Stück **Militärtechnik der BFU stationiert** wurden.

So haben Besatzer aus der 10. Gebirgssturmbrigade einen Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Sajzew (sewernoje) stationiert.

Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade haben einen Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Taramtschuk stationiert.

Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade haben vier Schützenpanzer in der Tschkalow-Straße am Rand von Beresowoje in einem Wohngebiet von Bogdanowka stationiert.

Außerdem behindert die ukrainische Seite weiter die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funkleitung von Drohnen der OSZE-Mission mit einer Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ blockiert. Solche Fälle haben wir im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgssturmbrigade in Richtung Gorlowka in den Gebieten von Iljinowka und Nowoluganskoje festgestellt.

Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kommandeur der OOS Krawtschenko nach einem Besuch und einer Ermittlung zu Todesfällen von Kämpfern in der 10.

Gebirgssturmbrigade auf eigenen Minensperren einen Befehl unterzeichnet, gemäß dem der Leiter des technischen Dienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“, in dessen Verantwortungsbereich sich die Brigade befindet, einen „strengen Verweis“ erhielt und der Leiter des technischen Dienstes der 10. Gebirgssturmbrigade von seiner Funktion entbunden wurde, weil er nicht mit seinen Verpflichtungen zurechtkam. Derzeit füllt der Kommandeur einer Pionierkompanie seine Funktion aus.

Außerdem hat der Stab der OOS Anweisungen an die Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der Operation ausgegeben, dem Kommandeur der 10. Brigade je eine Pionierabteilung zur Minenräumung zur Verfügung zu stellen.

Unsere Aufklärung hat **Informationen über einen für den 6. bis 8. April geplanten Besuch einer Delegation des Apparats des Verteidigungsattachés bei der US-Botschaft in der**

Ukraine zum Zweck der Bekanntmachung mit der Situation erhalten.

Nach uns vorliegenden Informationen planen die westlichen Kuratoren der Ukraine, den Verantwortungsbereich der 92. mechanisierten Brigade im Gebiet von Loskutowka, der 59. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Artjomowsk und der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka zu besuchen.

Der zuvor geplante Besuch der 10. Gebirgssturmbrigade in Richtung Gorlowka wurde von den Amerikanern aufgrund der hohen Minengefahr in diesem Gebiet abgesagt.

Es ist wichtig anzumerken, dass gleichzeitig mit dem Besuch der Delegation in den genannten Gebieten die Arbeit von sieben Journalistengruppen der Fernsehsender und den Informationsagenturen „Reuters“ aus Großbritannien, „France Presse“ aus Frankreich, „Wallenfels“ und „The Wire“ aus Deutschland sowie der ukrainischen „ICTV“, „Inter“, „Ukraina-24“ und „5. Kanal“ geplant ist.

Wir schließen nicht aus, dass, um den westlichen Partnern eine Verschärfung an der Kontaktlinie zu demonstrieren und um traditionsgemäß uns des Beschusses des von der Ukraine kontrollierten Territoriums zu beschuldigen, die ukrainischen bewaffneten Formationen provokatives Feuer eröffnen werden sowie inszenierte Beschüsse ihrer Positionen aufnehmen werden.

de.rt.com: Suche nach Frieden ohne Washington: Afghanischer Präsident hat Plan nach eigenen Vorstellungen

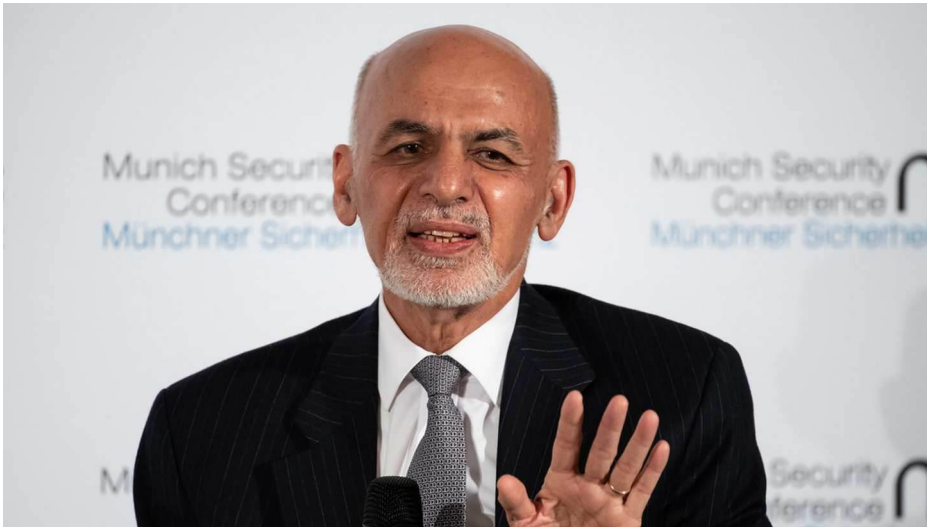
Der amtierende afghanische Präsident Aschraf Ghani will vor den Wahlen eine Feuerpause mit den Taliban aushandeln und hat seinen eigenen Friedensplan ohne Washington entwickelt. In drei Phasen soll Afghanistan den Weg in eine friedliche Zukunft finden.

Für den Frieden in Afghanistan könnte es bereits in zwei Wochen eine Konferenz in der Türkei geben, an der auch die UN beteiligt sein sollen, so der Vorschlag der USA. Washington hatte mit den Taliban am 29. Februar 2020 ein Friedensabkommen unterzeichnet, das den Abzug der US-Truppen und ihrer Verbündeten bis zum 1. Mai dieses Jahres vorsieht. Die Zeit drängt also, einen Friedensplan fertigzustellen.

Die Taliban haben gedroht, dass sie Maßnahmen gegen ausländische Truppen ergreifen würden, falls diese Frist verstreichen sollte. Die islamistischen Aufständischen drohen mit einem "großen Krieg". US-Präsident Joe Biden aber kündigte bereits an, dass es sehr schwer sein würde, die Truppen abzuziehen, und nannte "taktische Gründe". Ein Kompromiss mit den Taliban könnte die Freilassung von Gefangenen aus ihren Reihen sein, um eine Verlängerung der Frist auszuhandeln.

Der anvisierte Plan des afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani, den er bereits mit ausländischen Regierungen geteilt haben soll, läuft dem Vorhaben Washingtons jedoch zuwider. Die Pläne der USA waren von der afghanischen Regierung abgelehnt worden. Hierin vorgesehen war ein neues Rechtssystem für eine Übergangsregierung unter Einbeziehung von Taliban-Vertretern.

Die Friedensplan-Version Ghanis sieht in der ersten Phase einen Konsens über eine politische Lösung und einen international überwachten Waffenstillstand vor. In der zweiten Phase würden Präsidentschaftswahlen abgehalten und eine Friedensregierung gebildet werden. Danach würde es Umsetzungsvorkehrungen für den Übergang zu einem neuen politischen System geben. Letztlich stünden der Aufbau eines verfassungsmäßigen Rahmens, die Wiedereingliederung der Flüchtlinge und die weitere Entwicklung des Landes an.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6069fd1848fbef6c40348653.jpg>